

Stadtverwaltung Koblenz

Ortsverwaltung Rübenach

Niederschrift

Über die öffentliche Ortsbeiratssitzung am Mittwoch, 18.04.2018, 19:00 Uhr, im Hotel Simonis, Mauritiusstraße 1.

Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. Unterrichtung – Kanalisation Grabenstraße zwischen Florian und Wolkener Straße
3. Unterrichtung – Projektiertes Baugebiet „Wilhelmsmühle“
4. Verschiedenes

Im Anschluss Einwohnerfragen

Anwesend unter dem Vorsitz des Ortsvorstehers Christian Franké sind die Mitglieder:

-CDU Fraktion	-SPD-Fraktion	-Bündnis90/Grüne
Thomas Roos	Karl-Heinz Behr	Reinhard Alsbach
Klara Kameisis	Wolfgang Pelz	
Michaela Puchta		
Egon Back		
Martin Monjour		

Anwesende Stadtratsmitglieder: Marion Lipinski-Naumann (19:15), Fritz Naumann (19:15 Uhr), Monika Sauer.

Entschuldigt: Sarah Lipinski-Wasilewski.

Von der Verwaltung anwesend: Frau Münch, Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung, Herr Wegner und Herr Kaufmann, Eigenbetrieb Stadtentwässerung.

Der OV eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht am 11.04.2018 per E-Mail eingeladen wurde.

Die Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung ist nicht bekannt.

Die Niederschriften der letzten Sitzungen sind dem OBR am 14.03.2018 und am 21.03.2018 per E-Mail zugegangen.

Der OBR ist beschlussfähig.

Es gibt Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung am **07.03.2018**.

Irrtümlich ist Thomas Roos (CDU) als Sitzungsteilnehmer aufgelistet.

Auf Seite 3 der Niederschrift sprach Klara Kameisis (CDU) nicht nur für sich alleine, wie niedergeschrieben, sondern ebenfalls für Egon Back (CDU) und Thomas Roos (CDU).

Die Korrektur der Niederschrift wird handschriftlich erfolgen.

Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.

Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung

1. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. Unterrichtung – Kanalisation Grabenstraße zwischen Florian- und Wolkener Straße

Herr Kaufmann berichtet über die notwendige Planänderung im Zuge der Baumaßnahmen.

Generell habe die Planung für den Bereich zwischen der Florian- und Gedächtnisstraße lediglich Sanierungsmaßnahmen der Bachverrohrung vorgesehen. Man habe aber im ersten Bauabschnitt festgestellt, dass der Zustand der Bachverrohrung wesentlich schlechter war, als zum Zeitpunkt der Planung mittels Kamerabefahrung erkennbar gewesen sei.

Die alte Bachverrohrung, so Herr Kaufmann bestünde aus unbewehrten Betonfalzrohren und dadurch sehr instabil. Bedingt durch bauliche Eingriffe im angrenzenden und benachbarten Untergrund, sei es zu Einbrüchen gekommen. Zudem sei zu befürchten, dass die sehr oberflächennah gelegene Verrohrung im Bereich Florianstraße/Gedächtnisstraße durch den geplanten Straßenausbau zu Schaden komme. Die Stabilität und Tragfähigkeit könnte durch die entstehende Verdichtungslast nicht gewährleistet werden.

Es sei nun im Zuge der Baumaßnahmen geplant in dem genannten Teilbereich die anfallenden Oberflächenwässer, sowie den Brückerbach in eine gemeinsame Verrohrung zu fassen und abzuleiten. Durch die Erneuerung bestehe zudem die Möglichkeit eine tiefere Sohlenlage zu erreichen.

Die Kosten für die geänderte Maßnahme müssten noch ermittelt werden und würden zwischen dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung und dem Tiefbauamt aufgeteilt. Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung finanziere die Baumaßnahme vor. Da die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, werde der Mehrbedarf im Nachtragshaushalt 2018 zu erhöhen sein.

Der OV möchte wissen, ob für die Anlieger Mehrkosten entstünden und wie sehr der Zeitplan beeinträchtigt werde.

Für die Anlieger entstünden keine Mehrkosten, so Herr Kaufmann und die Baumaßnahme läge im Zeitplan.

Thomas Roos (CDU) fragt nach der Beschaffenheit der bisher verlegten Bachverrohrung.

Im 1. Bauabschnitt, so Herr Kaufmann, seien generell neue Rohre verlegt. Das sei eigentlich auch laut Planung, bis auf die heute vorgestellte Änderung im 3. Abschnitt, vorgesehen gewesen.

Ob es im Zuge des Straßenausbaues auch eine Verbesserung der Bushaltestelle gäbe, fragt Thomas Roos (CDU). Er weist außerdem auf die Problematik für den Einzelhandel hin. Eine Verlängerung der Vollsperrung sei problematisch.

Die Thematik „Bushaltestelle“ sei nicht mit der gegenwärtigen Maßnahme verbunden, so Herr Kaufmann. Diese Anfrage müsse gesondert an das Tiefbauamt gerichtet werden. Was die Vollsperrung betreffe, sei alles im geplanten Zeitrahmen.

Herr Wegener bestätigt, dass die Arbeiten im Kreuzungsbereich wie geplant bis Mitte/Ende Mai 2018 beendet wären.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) erklärt, dass die bisherige Verrohrung von Bach und Kanal parallel lägen, die Bachverrohrung läge allerdings höher. Es sei doch zu befürchten, dass nach Aufbringung des Straßenbelages die Belastung enorm sei.

Die Lage der Verrohrungen sei bekannt, so Herr Kaufmann, allerdings läge die Bachverrohrung voll im Gehwegbereich und werde somit nicht so stark belastet. Die jetzige Planung sei auf lange Jahre eine sehr gute Lösung.

Der OV bedankt sich bei Herrn Kaufmann und Herrn Wegener und bittet um die Weiterreichung der Unterlagen zur Planänderung als Auslage im Ortsvorsteherbüro.

3. Unterrichtung – Projektiertes Baugebiet „Wilhelmsmühle“

Der OV bittet Frau Münch über ihre Sachstandsinformationen.

Frau Münch erklärt, dass seitens eines Investors die Idee einer rückwärtigen Bebauung hinter der „Wilhelmsmühle“ an die Verwaltung herangetragen worden sei. Der Investor beabsichtige eine Wohnbebauung von Ein- bis Zweifamilienwohnhäusern, sowie zwei größeren Gebäuden für betreutes bzw. seniorengerechtes Wohnen zu errichten.

Man befinde sich, so Frau Münch noch am Anfang der Unterrichtungsphase.

Zur Vorbereitung der Entscheidung über die Aufnahme einer förmlichen Bauleitplanung sei allerdings noch vieles abzuklären.

Es müssten noch die Belange von Natur- und Artenschutz mit einfließen, ebenso alle Möglichkeiten der Entwässerung.

Die Hofanlage (das Hauptgebäude) sei in der offiziellen Denkmalliste des Landes Rheinland-Pfalz als Baudenkmal eingetragen. Zur denkmalpflichtigen Genehmigungspflicht zähle auch die Umgebung des Denkmals. Die Verwaltung führe zurzeit schon intensive Gespräche mit der GDKE in Mainz.

Das Gebäude und die umgebenden Flächen befänden sich in Privatbesitz.

Die Flächen seien in div. landespflegerischen Gewerken gelistet:

- Als geschütztes Landschaftsgebiet auf der Biotopkartierung hoch eingestuft
- Als Kaltluftentstehungsgebiet nicht bedeutungslos
- Offener Bachlauf (mind. 10 m Bauabstand)
- Gewässerentwicklungsgebiet (Renaturierung und Überschwemmungsfläche)
- Mühlenwanderweg (im Gespräch, sollte aufrecht erhalten werden)

Frau Münch vertritt die Ansicht, dass es für den Bauträger zu vermehrten Einschränkungen kommen werde, vor allem infolge des Gewässerschutzes.

Klara Kameisis (CDU) begrüßt im Grunde genommen die Entstehung von Bauplätzen und der Möglichkeit des betreuten Wohnens, sieht aber die vorgestellte Planung als reine „Insellösung“.

Eine Erschließung erfolge nur über die Mühlenstraße. Die Keltenstraße sei immer noch nicht geöffnet, trotz rechtskräftigem BBP. Bereits in den 1970er Jahren habe es zu diesem Gebiet ein Gesamtkonzept gegeben. Sie vermisse in der Planung Spielplätze und eine Aussage über die Verkehrsentwicklung.

Frau Münch bestätigt, dass aus einem Gebiet von ca. 15 – 30 Wohneinheiten kein geringer Verkehr komme. Es sei keine Frage, dass das ein Thema für die Verkehrsplaner sei. Vom Bauträger müsse eine Verkehrsentwicklungsaussage gefordert werden. Dies käme allerdings erst in der konkreten Bauleitplanung zum Zuge. Vorerst gehe es um eine generelle Machbarkeitsprüfung.

Der OV sieht den Fokus auf den Natur- und Artenschutz und vor allem auf die Hochwasserproblematik gerichtet.

Zielführend sei auch keine Kleinansiedlung sondern wenn schon, eine bis in die „Grünwies“ hinein.

Die Landespflege, so Frau Münch, habe hierzu klar gesagt, dass der gesamte Bereich eine Grünzone sei.

Herr Kaufmann wirft ein, dass hier besondere Anforderungen zur Drosselung von Wassereinleitungen gestellt werden müssten.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) benennt dieses Gebiet als „Kleinod“ in Rübenach, ein „Minierholungsgebiet“ für Spaziergänger. Sie habe allerdings große Nöte, dass an dieser Stelle eine „Klause 2“ passieren könne – also eine totale Entwässerung. Es gebe andere Bachbereiche im Ort die nicht so hoch bewertet wären.

Frau Münch bekräftigt noch einmal, dass man nicht ohne Not in diesen Bereich gehen wolle. Aus diesem Grund führe man frühzeitig diese Diskussionen.

Reinhold Alsbach (Bündnis90/Grüne) verweist auf die Tier- und Pflanzenwelt. Diese fände sich natürlich nur dort, wo sie in Ruhe gelassen werde. Es dürfe sich im dortigen Gebiet eigentlich nichts mehr tun. Bei der vorgeschlagenen Bebauungsplanung bemängelt er, dass für die Seniorenwohnanlage keinerlei Grünzone geplant sei. Außerdem müsse dabei auch noch der anfallende Besucherverkehr und den der angehängten sozialen Dienste mit beachtet werden.

Frau Münch bestätigt, dass alles diese Fragen an den Investor gestellt werden müssten.

Frau Kameisis (CDU) ist sich sicher, dass der Investor an dieser Stelle ein großes wirtschaftliches Risiko eingehen. Die Häuser stünden im Wasser und müssten tief gegründet werden. Es könnten keine Keller gebaut werden. Man solle die Fläche lieber der Natur überlassen.

Jede Maßnahme werde geprüft und zudem sehr auf die Drosselung von Oberflächenwasser geachtet, so Frau Münch.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) ruft in Erinnerung, dass es in Rübenach genügend rechtskräftige BBP gebe. Dort könne jetzt gestartet werden, warum also an dieser Stelle ein Neuanfang. Rübenach sei gewiss ein schöner Ort, habe allerdings einen sehr lehm- und tonhaltigen Boden. Die Versickerung von Wasser sei sehr schwierig.

Der OV bedankt sich für die Ausführungen. Er bittet Frau Münch dem Investor den Vorschlag mitzugeben sich einen Alternativstandort zu suchen.

4. Verschiedenes

Der OV erinnert an eine, gemeinsam mit der Polizei, geplante Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Sicherheit und Vandalismus. Es gibt zwei Terminvorschläge: 06.06. und 13.06 2018. Er bittet den OBR per E-Mail zu antworten.

Die Polizei plane ebenfalls eine Veranstaltung für Senioren in Bezug auf den „Enkeltrick“ und dergleichen. Der OV bittet um entsprechenden Input darüber, wer eventuell ansprechbar/interessiert wäre für diese Veranstaltung. Auch diese Information sei bitte als E-Mail an das OV-Büro zu richten.

Für einen Ortstermin des OBR mit Herrn Kolle wird der Mittwoch 24.04.2018, 18:00 Uhr vereinbart.
Treffpunkt: Wendehammer, Rosenbornstraße

Die OBR-Sitzung endet um 20:10 Uhr

Einwohnerfragen:

Herr Merkel spricht den Bereich Turnhalle/Bushaltestelle an. Hier werde der Bürgersteig durch das Abstellen der Busse stark beeinträchtigt. Ob dort Poller errichtet werden könnten.

Da Herr Kaufmann und Herr Wegner von der Stadtentwässerung sind, bittet Herr Merkel darum diese Anfrage an das Tiefbauamt weiterzuleiten.

Außerdem, so Herr Merkel, werde die Grabenstraße von 3,5 t und oft auch von 7.5 t LKW durchfahren. Da könne man nicht von Anlieger sprechen. Der Anteil läge bei 2/3 Durchgangsverkehr und 1/3 Anlieger. Hierdurch ergäbe sich ein Missverhältnis bezüglich der Anliegerkosten.

Herr Kaufmann betont, dass der OBR hier der falsche Ansprechpartner sei. Zuständig sei Frau Wolf vom Tiefbauamt.

Herr Merkel bedauert, dass Frau Wolf seine entsprechende Anfrage bereits abgelehnt habe.

Frau Schultheis macht ihrer Sorge deutlich Ausdruck, dass durch Kanalarbeiten und eventuellen Neubaugebieten die Hochwasserproblematik an ihrem Anwesen weiterhin bestehen bleibe. Sie ermahnt alle Beteiligten eindringlich entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

Ende: 20:20 Uhr

Christian Franké
Ortsvorsteher

Anne Reif
Protokoll